

Arbeit der Frauenhäuser sichern

Grüne Aktion zum internationalen Gedenktag "Nein zu Gewalt an Frauen"

Mit einer Aktion beteiligen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt am internationalen Gedenktag "Nein zu Gewalt an Frauen" am 25. November. "Wir zeigen Flagge gegen Gewalt an Frauen und Mädchen - im wahrsten Sinne des Wortes", so Dorothea Frederking, Mitglied des Landesvorstandes. "Wir hissen am Internationalen Gedenktag vor unserer Landesgeschäftsstelle in Magdeburg (Otto-von-Guericke-Straße 42a) das Aktionsbanner der Frauenrechtsorganisation Terre des Femmes mit der Botschaft "Frei leben ohne Gewalt".

"Gewalt gegen Frauen und Mädchen wird häufig tot geschwiegen. Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist aber das am stärksten verbreitete und am wenigsten bestrafte Verbrechen", so Claudia Dalbert, Landesvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Frederking: "Es geschieht tagtäglich und überall. Gerade häusliche Gewalt ist in Europa die Hauptursache für den Tod oder die Gesundheitsschädigung von Frauen zwischen 16 und 44 Jahren – noch vor Krebs und Autounfällen." Gewalt gegen Frauen gehe alle an und wer weiter schweige, mache sich mitschuldig. "Umso wichtiger ist es, die Arbeit der Frauenhäuser, Frauenberatungsstellen und Frauennetzwerke in Sachsen-Anhalt, die oftmals die einzige und letzte Anlaufstelle für Betroffene sind, dauerhaft und jenseits von Haushaltsproblemen sicherzustellen."

Am Freitag, 27. November 2009, 15.30 bis 17.30 Uhr machen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit einem Aktionsstand auf dem Breiten Weg/Ecke Ernst-Reuter-Allee auf die verschiedenen Formen von Gewalt, deren Auswirkungen und politische Ansatzpunkte aufmerksam. "Jedes Mädchen und jede Frau kann Opfer von Gewalt werden und zwar unabhängig von sozialer Herkunft, Bildung, Alter und Aussehen. Die alltägliche Konfrontation mit den verschiedensten Formen von Gewalt gehört zur Lebensrealität vieler Frauen und Mädchen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Landesregierung und die zuständige Ministerin Gerlinde Kuppe auf, die für Frauen oft überlebenswichtigen Einrichtungen als staatliche Pflichtaufgabe zu verankern. Frederking: "Derzeit bleiben Frauenprojekte oft auf der Strecke, wenn Land und Kommunen sparen wollen. Schutz vor Gewalt darf aber nicht abhängig von der Haushaltslage oder einer bestimmten Regierungskonstellation sein. Wir brauchen eine Gesellschaft, die sich mit den Schwachen in ihrer Mitte solidarisiert und Hilfebedürftigen zur Seite steht."